

## Grundbildung: Mehr politische Unterstützung erforderlich

Die UNESCO, die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, erinnert am 08. September eines Jahres an die Bedeutung sowohl der Alphabetisierung als auch der Erwachsenenbildung. In Deutschland finden rund um den 8. September traditionell eine Reihe von Veranstaltungen, unter anderem seitens der Volkshochschulen, anderer Bildungsträger und der Grundbildungszentren statt, um die Themen Alphabetisierung und Grundbildung stärker in die Öffentlichkeit zu bringen. So hatte der Deutsche Volkshochschul-Verband Anfang September zu einer Bundesfachkonferenz Grundbildung eingeladen, an der mehr als 140 Experten/innen aus Praxis, Wissenschaft und Politik teilnahmen. Entlang dem Tagungsthema „Grundbildungsketten realisieren“ wurden zahlreiche Workshops, Referate und Gesprächsrunden angeboten, die die Bandbreite von Grundbildung sowie die damit verbundenen Herausforderungen verdeutlichten. Trotz aller Anstrengungen und vieler guter Ansätze verbleibt die Zahl der tatsächlich erreichten Teilnehmer/innen in der Grundbildung auf einem zu niedrigen Niveau. Die Tagung ließ erkennen, dass mehr Übergänge geschaffen und bei den Bildungsträgern stärker bereichs- und programmübergreifende Ansätze bedacht werden müssen. Bereits in der Begrüßung wurde die unzureichende politische Unterstützung beklagt und der berechtigte Wunsch geäußert, nicht jedes Jahr neue Projektanträge schreiben zu müssen, sondern mehr Anerkennung der Arbeit zu erhalten. In diversen Beiträgen und Diskussionen wurde das drängende Problem einer zu geringen und zu wenig nachhaltigen Förderung durch die politisch zuständigen Ebenen angesprochen – ebenso wie das andere strukturelle Problem der Grundbildung: die völlig inakzeptable Situation der Ho-

norarlehrkräfte. Deutlich wurde, dass es im Zusammenhang mit der in 2016 angelaufenen Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung beim Thema Professionalisierung auch um mehr Wertschätzung, soziale Absicherung und verbesserte Beschäftigungsbedingungen gehen muss.

Die GEW hat in einer eigens zum Weltalphabetisierungstag herausgegebenen [Presseerklärung](#) u.a. anstelle von Leuchtturmprojekten verlässliche Förderstrukturen, zum Beispiel für die ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung der Grundbildungszentren, angemahnt. Aus Sicht der Bundesfachgruppe Erwachsenenbildung sind im Rahmen der Daueraufgabe Grundbildung auch dauerhafte der Qualifikation und Aufgabe der Lehrkräfte entsprechende Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen. Politisch muss die ausgerufen Dekade genutzt werden, endlich einen Rechtsanspruch der Menschen auf Grundbildung als Voraussetzung eines selbstbestimmten Lebens einzuführen.

## Grundbildung auch im Rahmen der Globalen Nachhaltigkeitsagenda



Die Förderung der Grundbildung entspricht den Bildungszielen, die die Vereinten Nationen im September 2015 im Rahmen der Sustainable Development Goals beschlossen haben. Mittlerweile hat die Deutsche Unesco-Kommission die Fassung „[Unpacking Sustainable Development Goal 4. Education 2030](#)“ übersetzt, die einen Blick über die Bildungsagenda 2030 sowie eine Orientierungshilfe für ein tiefergehendes Verständnis der



GEW Hauptvorstand

**GEW Hauptvorstand  
Organisationsbereich  
Berufliche Bildung  
und Weiterbildung**

Reifenberger Str. 21  
60489 Frankfurt a. M.

**Verantwortlich:**

**Leiter**  
**Ansgar Klinger**  
069/78973-325  
ansgar.klinger@gew.de

**Referent**  
**Arnfried Gläser**  
069/78973-319  
arnfried.glaeser@gew.de

**Fax:**  
069/78973-103  
**Internet:** www.gew.de  
**Facebook:** facebook.com/  
GEW.DieBildungsgewerkschaft  
**Twitter:**  
twitter.com/gew\_bund

**Vorstandsteam  
Bundesfachgruppenausschuss  
Erwachsenenbildung**

**Barbara Simoleit**  
0202 / 563-2251  
bsimoleit@hotmail.de

**Andreas Klepp**  
andreas.klepp@gmx.de

**Josef Mikschl**  
0431 / 54 91 12  
jgmikschl@ki.tng.de



GEW Hauptvorstand

Bildungsagenda innerhalb der insgesamt 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung verschafft. Ferner untersucht der Leitfadener, wie die Umsetzung der Agenda auf nationaler Ebene erfolgen kann.

## Neun Jahre nach den Dresdner Beschlüssen: Von der „Bildungsrepublik“ weit entfernt

Im Herbst 2008 haben die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten der Länder auf dem Dresdner Bildungsgipfel angekündigt, bis 2015 - auf dem Weg zu einer Bildungsrepublik - eine Reihe wichtiger Bildungsziele zu erreichen. So sollten u.a. die Aufwendungen für Bildung und Forschung auf 10 % des Bruttoinlandsprodukts steigen, die Quoten der jungen Menschen ohne Schul- und Berufsabschluss halbiert, die frühkindliche Bildung ausgebaut und die Weiterbildungsbeteiligung angehoben werden. Der [DGB](#) hat die Ziele vom renommierten Bildungsforscher Prof. Dr. Klaus Klemm analysieren lassen und kommt zu einer kritischen Bilanz: So bleiben anstelle der angestrebten 8,5 % immer noch 13,8 % der Jugendlichen ohne Berufsabschluss, anstelle der angestrebten 4,0 % bleiben immer noch 5,9 % der Jugendlichen ohne einen Schulabschluss. Statt 35 % der Kinder steht lediglich knapp 33 % ein Krippenplatz zur Verfügung, in den westlichen Bundesländern liegt diese Quote sogar nur bei gut 28 %. Nach den Ermittlungen von Prof. Klemm fehlen im Bildungswesen jährlich sogar gut 27 Milliarden Euro, die erforderlich wären, um die angestrebten 10 % der Wirtschaftskraft für Bildung und Forschung aufzuwenden. Die Zielmarken wurden lediglich bei der Weiterbildungsbeteiligung (50 %) und den Studienanfängerinnen/innen (40%) mit 51 % knapp bzw. 58 % erreicht. Allerdings bleiben bei der Weiterbildungsteilnahme Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung und Personen mit Migrationshintergrund

deutlich unterrepräsentiert, sodass die soziale Schieflage die Achillesferse des Bildungssystems bleibt. Die Weiterbildungsquote erweist sich insbesondere im Vergleich zu anderen nord- und westeuropäischen Ländern insofern begünstigend, als die betriebliche Weiterbildung in Unternehmen in Deutschland vergleichsweise kurze Anpassungsmaßnahmen – teils mit vorgeschriebenen Lehrveranstaltungen aus dem Bereich Arbeits- und Gesundheitsschutz - vorsehen.

## Solidarische Bildung – Offensive über die Bundestagswahl hinaus

Für eine parteiübergreifende Allianz zwischen Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und bildungspolitischen Akteuren wirbt die Schrift [„Offensive für eine solidarische Bildung](#) im Kontext der Bundestagswahl 2017 und darüber hinaus“. Die Gewerkschafter/in Dr. Harry Neß, Dr. Stephanie Odenwald und Dr. Volker Rein plädieren mit der Denkschrift des [Instituts für solidarische Moderne](#) für einen Politikwechsel, um in allen gesellschaftlichen Bereichen die persönliche Entwicklung der Menschen und ihre Teilhabe in der Gesellschaft ins Zentrum des öffentlichen Diskurses zu setzen. Dazu gehören u.a. ein Recht auf Ausbildung, eine Umlagefinanzierung der betrieblichen Berufsbildung, ein Recht auf lebensbegleitendes Lernen für alle Menschen einschließlich einer verbesserten Bildungsberatung, eine nachhaltige sukzessive Erhöhung der Bildungsausgaben wie auch eine Verbesserung der Einkommen und Beschäftigung von im Bildungswesen Tätigen.

**GEW Hauptvorstand  
Organisationsbereich  
Berufliche Bildung  
und Weiterbildung**

Reifenberger Str. 21  
60489 Frankfurt a. M.

**Verantwortlich:**

**Leiter**  
**Ansgar Klinger**  
069/78973-325  
ansgar.klinger@gew.de

**Referent**  
**Arnfried Gläser**  
069/78973-319  
arnfried.glaeser@gew.de

**Fax:** 069/78973-103  
**Internet:** [www.gew.de](http://www.gew.de)  
**Facebook:** [facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft](https://www.facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft)  
**Twitter:** [twitter.com/gew\\_bund](https://twitter.com/gew_bund)

**Vorstandsteam  
Bundesfachgruppenausschuss  
Erwachsenenbildung**

**Barbara Simoleit**  
0202 / 563-2251  
bsimoleit@hotmail.de

**Andreas Klepp**  
andreas.klepp@gmx.de

**Josef Mikschl**  
0431 / 54 91 12  
jgmikschl@ki.tng.de